

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Mitringshaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Bette-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Copablenk

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 6. Januar 1931

Arbeitsbeschaffung durch Subvention?

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

SPD. Reichsfinanzminister Dietrich hat auf der Landesversammlung der württembergischen demokratischen Partei in Stuttgart eine programmatische Rede gehalten, in der er Andeutungen über Pläne der Reichsregierung zur Milderung der Arbeitslosigkeit machte.

Dietrich hat u. a. ausgeführt, dass "Wirtschaftssysteme früherer Zeiten untergegangen sind, als sie ihre Aufgabe nicht mehr zu lösen vermochten" und dass angesichts der furchtbaren Auswirkung der jetzigen Krise positive Massnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Wiedereinreihung von Arbeitslosen ergriffen werden müssten. Als Weg hierfür bringt der Reichsfinanzminister in Vorschlag, für alle neueingestellten mehrbeschäftigten Arbeiter einen Zuschuss aus öffentlichen Mitteln zu leisten, mit dem zugleich auch eine weitere Verbiligung der Erzeugnisse bewirkt werden solle. Nähere Einzelheiten über Umfang, Höhe und Ausgestaltung dieser Zuschüsse für Neueinstellungen hat der Reichsfinanzminister nicht gegeben. Er hat lediglich angedeutet, dass man seiner Vorstellung nach bei den wichtigsten Urprodukten beginnen müsse oder bei den verarbeitenden Industrien einsetzen solle, die besonders wichtige Rohprodukte verbrauchen, um zugleich mit dieser Aktion die Preise für die wichtigsten industriellen Grundstoffe, die für die gesamten Produktionskosten von Bedeutung sind, herabzudrücken. Es liegt die Vermutung nahe, dass mit diesen Hinweisen der Bergbau und die Schwerindustrie gemeint sind.

Die Äusserungen Dietrichs sind so unbestimmt gehalten, dass eine eingehende Auseinandersetzung mit diesen Projekten vorläufig nicht möglich erscheint. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben von der Regierung schon vor Monaten positive Massnahmen zur Verringerung der ausserordentlichen Arbeitslosigkeit gefordert. Die Gewerkschaften haben in erster Reihe gesetzliche Massnahmen zur gerechteren Verteilung der Arbeitsgelegenheiten durch Verbot der Ueberstundenarbeit, Einführung der 40stündigen Arbeitswoche unter Heranziehung der frei werdenden Unterstützungsmittel verlangt. Die Sozialdemokratie hat sich diese Forderungen zu eigen gemacht und bereits im Oktober im Reichstag entsprechende Anträge eingebracht. Die Durchführung dieser Forderungen ist bisher am Widerstand der Industrie- und Arbeitgeberverbände, sowie der bürgerlichen Parteien gescheitert. Wie man auch immer im einzelnen das jetzt von Dietrich entwickelte Projekt beurteilen mag, eines geht daraus hervor, dass die Regierung nun endlich eingesehen hat, dass zur Milderung der furchtbaren Arbeitslosigkeit und der bitteren Not der Massen ausserordentliche Schritte ergriffen werden müssen.

Es muss vorweg betont werden, dass die Grundlage der Arbeitslosenfürsorge die Unterstützung der unverschuldet aus dem Arbeitsprozess herausgeschleuderten Arbeiter und Angestellten bilden muss, und dass keinesfalls die notwendigen zusätzlichen Massnahmen zur Wiedereinreihung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozess die finanzielle Sicherung der Unterstützung gefährden dürfen.

Vielmehr ist die dringlichste Aufgabe auf diesem Gebiete die Sicherung der Unterstützung für die langfristigen Erwerbslosen durch eine vereinheitlichte Arbeitslosenfürsorge, die den Kommunen die nicht mehr zu tragende Last der Wohlfahrtsunterstützung wesentlich erleichtert. Die Sozialdemokratie hat in ihrem eingebrachten Initiativgesetz zur Arbeitslosenfürsorge hierfür den Weg gezeichnet. Gewisse Aeusserungen in der Dietrichschen Rede, die gegen das System der Arbeitslosenunterstützung gerichtet sind, wie z.B. die Aeusserung, dass "durch die Arbeitslosenversicherung der Verantwortungssinn der Familienangehörigen für die Familienmitglieder gelockert sei und eine Unmenge Not auf diesem System beruhe", müssen mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Eine Unmenge Not hat die Planlosigkeit des kapitalistischen Systems, hat die furchtbare Krise hervorgerufen, und die Arbeitslosenversicherung hat wenigstens das Ausmass dieser Not ein wenig gemildert.

Die Dietrichschen Pläne der Lohnzuschüsse für einzelne Industriezweige müssen starke Bedenken erwecken. So richtig die Absicht ist, Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, so scheint doch in Dietrichs Plan die Gefahr einer un gerechtfertigten Bevorzugung einzelner Industriezweige und einer uferlosen Subventionswirtschaft enthalten zu sein.

Die schon längst in Aussicht gestellte Senkung der Eisenpreise ist überfällig. Bisher aber haben sich die Erzeuger hartnäckig geweigert, sie vorzunehmen. Man hat den Eindruck als ob der Plan Dietrichs dem Ziel dienen soll, die Senkung der Eisenpreise statt aus den Mitteln der Eisenwirtschaft aus den Mitteln des Staates zu bestreiten. Wir sind aber der Auffassung, dass eine fühlbare Preissenkung, die die Regierung mit dieser Aktion verbinden will, auch ohne die Lohnprämien durchführbar ist und bei energischer Haltung der Reichsregierung gegenüber den grossen monopolistischen Organisationen auch schon längst hätte durchgesetzt werden können. Wir würden es für falsch und nicht für verantwortbar halten, wenn die Regierung volkswirtschaftlich erforderliche Preissenkungen mit derartigen Lohnprämien erkaufen müsste. Das Schwergewicht der Aktion muss unseres Erachtens auf die Wiedereinreihung von Arbeitslosen gerichtet sein, und wir glauben nach wie vor, dass der von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hierfür aufgezeigte Weg der wirksamste und zweckmässigste ist.

Man wird zu den Regierungsplänen, wie schon anfangs bemerkt, erst dann abschliessend Stellung nehmen können, wenn sie in allen Einzelheiten und begründet vorliegen. Die Regierung muss unverzüglich der Öffentlichkeit und dem Parlament die näheren Angaben unterbreiten. Die Regierung hat auch die Pflicht, sich nochmals mit den Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit zu beschäftigen. In einer Zeit, in der vier Millionen Arbeitslose unverschuldet zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind, und ein grosser Teil der werktätigen Bevölkerung in bitterster Not lebt, müssen mit grösster Beschleunigung, aber doch mit Vernunft und wirtschaftlicher Ueberlegung wirksame Massnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und Ueberwindung der Wirtschaftskrise ergriffen werden.

SPD. Bochum, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Streikbewegung im Ruhrbergbau ist am Dienstag-Nachmittag weiter zurückgegangen. Da des katholischen Feiertages wegen 91 Zechen Feierschichten eingelegt haben, lässt sich der Prozentsatz des Rückgangs nicht angeben. In der Zone Krefeld, Duisburg, Hamborn und Dinslaken werden noch 13, in Hamm zwei Schachtanlagen bestreikt.

Die kommunistische Streikleitung hat zu Sonntag, den 11. Januar nach Duisburg-Hamborn wieder eine Schachtdelegiertenkonferenz einberufen. In dieser Konferenz soll u.a. die Gründung des roten Einheitsverbandes der Bergarbeiter beschlossen werden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die Berliner Staatsanwaltschaft I hat wegen der Vorfälle in der Hufelandstrasse beim Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium den Erlass von Haftbefehlen gegen sämtliche 8 Festgenommenen, die der NSDAP angehören, wegen schweren Landfriedensbruches, Raufhandels und gemeinschaftlichen Totschlags beantragt. Der Vernehmungsrichter hat einen Haftbefehl nur gegen den Privatförster Kurt Bressel wegen des Verdachts des versuchten Totschlags erlassen, die übrigen Festgenommenen aber entlassen, da gegen sie nur der Verdacht des Landfriedensbruchs besteht und weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr begründet erscheint. Bressel soll nach Angabe eines Zeugen bei der Schlägerei geschossen haben. Er selbst bestreitet dies. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung scheint er aber an der Tötung des Schneider und Graf nicht beteiligt zu sein.

Gegen den Kaufmann Rudolf Becker, den Maurerlehrling Max Kollatz und den Maler Max Hauschke, die der Tötung der beiden Reichsbannerleute verdächtig und flüchtig sind, hat die Staatsanwaltschaft den Erlass von Haftbefehlen zwecks steckbrieflicher Verfolgung beantragt.

-----

SPD. Braunschweig, 6. Jan. (Eig. Drahtb)

In Lüerdissen wurde der Arbeiter Reinecke, dem politische Gegner schon seit längerer Zeit "einen Denkmahl verabfolgen" wollten, von drei Nazis angegriffen und niedergeschossen. Der Schuss drang durch die Backe in den Kopf. Der Ueberfallene wurde erst geraume Zeit später von Arbeitskollegen im Blute schwimmend aufgefunden. Sein Zustand ist hoffnungslos.

-----

SPD. An die Stelle Rykows, der als Vorsitzender des russischen Rates der Volkskommissare wegen mangelnder Begeisterung für die "Generallinie" Stalins abgesetzt worden war, ist von Stalin sein getreues Werkzeug Molotow gesetzt worden. In dieser Eigenschaft wurde Molotow jetzt das einleitende Hauptreferat auf der Tagung des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion übertragen, der höchsten Körperschaft im bolschewistischen Reich. Da diese Tagung öffentlich ist und sogar das diplomatische Korps ihr beiwohnen darf, kann man sich denken, dass Molotows Bericht über die Lage Russlands an der Jahreswende überaus optimistisch gehalten war.

Nach Molotows Schilderung ist der "sozialistische Aufbau" des Landes im besten Gange: "Vormarsch auf der ganzen Linie", so charakterisierte er die Entwicklung des Fühjahresplanes. Es lohnt sich kaum, mit diesen rein propagandistischen Behauptungen ernsthaft zu diskutieren, weil die einfachsten Tatsachen diese Schönfärberei Lügen strafen. Die Lebensmittelknappheit in den Städten, die stundenlangen Polonäsen vor den Läden zur Erlangung der wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, die Aufhebung der Freizügigkeit für Arbeiter, die Einführung des Arbeitszwanges, die erbärmliche Bezahlung der russischen Arbeiter, besonders im Vergleich zu den ausländischen Monteuren und Ingenieuren, die man mit Dollars und Vorzugsrationen um jeden Preis zu halten bemüht ist - das sind nur einige der zahllosen Tatsachen, über die keine noch so rosige offizielle Statistik hinwegtäuschen kann. Soll man noch daran erinnern, dass überzeugte deutsche oder englische Kommunisten, die aus Begeisterung nach Russland ausgewandert waren, um dort als Berg- oder Metallarbeiter in Sowjet-Betrieben tätig zu sein, nach kürzester Zeit gründlich ernüchtert und bekehrt mit Hilfe ihrer Konsulate die Heimreise angetreten haben und zu schärfsten Anklägern gegen das Sowjetsystem geworden sind? Soll man erwähnen, dass, während die Sowjetregierung die Weltpresse mit Photographien von Neubauten, mit gestellten Bildern von Bauernmädeln am Mikroskop und alten Kirghisen oder Tscherkessen am Radio überschwenmt, es dem einzelnen Ausländer strengstens untersagt ist, eigene Aufnahmen auszuführen, sofern sie nicht die

Zensur passiert haben? Allein die letzte Tatsache spricht Bände darüber, was von der Sowjetpropaganda zu halten ist. Nur noch eins sei in diesem Zusammenhang erwähnt: ein Deutscher, der kürzlich in amtlichem Auftrage eine mehrwöchige Reise durch ganz Russland beendet hat, berichtet unter vielen anderen Einzelheiten als eine der charakteristischsten Erscheinungen, dass er in dieser Zeit geradezu niemand angetroffen hat, der ein ganzes Paar Schuhe trug. Dafür begegnet man Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, die in grimmiger Kälte das unmöglichste Zeug, Lappen, Lederreste usw. um die Füße gewickelt tragen. Natürlich gilt das weder für ausländische Diplomaten, Ingenieure und Monteure noch für Volkskommissare, Rotarmisten, Tschekisten und sonstige Nutzniesser des Regimes.

Angesichts solcher Feststellungen, die sich beliebig vermehren liessen, können die Zahlenkünste Molotows nicht den geringsten Eindruck auf uns machen. Vielmehr müssen wir uns entschieden dagegen wenden, dass dieses organisierte Massenelend mit dem Begriff des "Sozialismus" in willkürlichen Zusammenhang gebracht wird. Die Sowjetunion, ihre Regierung, ihr Fünfjahresplan, sind nur eine blutige Karikatur des Sozialismus. Sie kompromittieren nur den sozialistischen Gedanken, sie werden nur von der kapitalistischen Reaktion als Schreckensbeispiel und als Argument gegen die zivilisierte Arbeiterbewegung benutzt.

Wenn Molotow schliesslich noch behauptet hat, dass Russland gerade wegen seines wirtschaftlichen Aufbaues den Frieden wünsche, so mag das wohl zutreffen. Allerdings ist Molotow nicht nur Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, sondern auch und noch immer Sekretär der Komintern. Die Kommunistische Internationale aber hat bis in die jüngste Zeit in Aufrufen verkündet, dass ein baldiger neuer Weltkrieg unvermeidlich sei und dass aus ihm die Weltrevolution endgültig siegreich hervorgehen werde. Die Kommunistische Internationale setzt alles daran, die nationalen Gegensätze zwischen den anderen Ländern zu steigern, ihre Parolen für Deutschland wetteifern an Chauvinismus mit denen Hitlers. Wie reimt sich das mit dem angeblichen dringenden Friedensbedürfnis und Friedenswunsche der Sowjet-Union zusammen?

Bisher wurde nach aussen hin die Verquickung von Sowjetunion und Dritter Internationale sorgfältig vermieden. Die jetzige doppelte Eigenschaft Molotows hat jene Trennungslinie verwischt. Es scheint nun, dass diese sonderbare Personalunion dazu führt, dass die Bolschewiki selbst nicht mehr wissen, was sie wollen: den "sozialistischen" Aufbau im Frieden oder die Weltrevolution als Ergebnis eines neuen Weltkrieges.

SPD. Braunschweig, 6. Jan. (Eig. Drahtb.)

Die Unterlassungsklage des Naziministers Franzen gegen den sozialdemokratischen "Volksfreund" in Braunschweig ist immer noch nicht erledigt. Sie schwebt z. Zt. vor der vierten Zivilkammer des Landgerichts Braunschweig. Vor dem Oberlandesgericht hat nur das Verfahren über den Erlass einer einstweiligen Verfügung seine Erledigung gefunden.

Am Dienstag sind nun in Braunschweig die Berliner Polizeibeamten, Polizeimajor Heinrich, Hauptwachtmeister Gehrman und Kriminalassistent Graf unter Eid vernommen worden. Die Zeugen sagten ohne Einschränkung wie in den früheren Terminen aus. Auch die durch Minister Franzen benannten Zeugen, die Reichstagsabgeordneten Thormählen und Meyer-Quade, der Landtagsabgeordnete Lohse und der Landwirt Guth wurden vernommen. Bis auf Guth wurden auch diese Zeugen vereidigt. Guths Vereidigung hat sich der beauftragte Richter vorbehalten. Meyer-Quade und Thormählen konnten natürlich nur über das aussagen, was ihnen Franzen nach Schluss seines Abenteuers erzählt hatte. Bei der Stellung der Nazis zum Ehrenwort darf man auch dem Eide des Herrn Lohse kein grosses Gewicht beilegen. Lohse hat in der letzten Gerichtsverhandlung ausdrücklich er-

klärt, dass er der preussischen Polizei gegenüber immer die Unwahrheit sagen werde. Es ist nicht anzunehmen, dass dieser Ehrenmann einem braunschweigischen Richter die lautere Wahrheit erzählt.

Neuer Verhandlungstermin ist auf den 15. Januar angesetzt worden.

-----  
SPD. Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben :

"Der Freikorpsführer und Oberleutnant a.D. Gerhard Rossbach, Leiter der Ekkehardspiele und des Bundes Ekkehard e.V. erlebt mit seinen politischen Kindern, die er sich in seiner Organisation, dem Bunde Ekkehard e.V. herangezogen hat, wenig Freude. Vor einigen Jahren ging ihm Werner Lass, der unlängst in der Bombenlegeraffäre genannt wurde, laufen und machte einen eigenen "Laden" auf. Ganze Gruppen und Gaue folgten Lass. Wenige Zeit später ging böse, hässliche Mär über einige ältere Bundesführer und den "Chef" selbst durch die Reihen des Bundes und drang trotz aller Vertuschungsversuche auch an die Öffentlichkeit. Jetzt ist wieder ein jeftiger Streit im Rossbach-Lager entbrannt, der sich um die politische Stellung und Betätigung Rossbachs und des Bundes Ekkehard dreht und der, wenn nicht alles täuscht, das Ende der Organisation Rossbach bedeutet.

Der 2. Bundesführer des Ekkehard e.V. hat angeblich im Namen der Mehrzahl der Bundesmitglieder, darunter geschlossene Gaue, u.a. der stärkste Gau Westmark, dem 1. Bundesführer Rossbach in aller Form die Gefolgschaft gekündigt. Zur Zeit werden sämtliche Angehörige der Rossbach'schen Organisationen, die im Ekkehard e.V. vereinigt sind, mit langatmigen Rundschreiben sowohl von Seiten des "Chefs" als auch des 2. Bundesführers, Josef Howen, Aachen, bombardiert. In diesen Rundschreiben fehlt es nicht an gegenseitigen versteckten Beleidigungen und Verdächtigungen; die Rundschreiben geben andererseits aber auch einen interessanten Einblick in die Denkensart Rossbach's und seines Kreises.

Der 2. Bundesführer fordert zunächst Rossbach in einem Rundschreiben auf, den Bund freizugeben, der Führerschaft zu entsagen und sich mit der Schirmherrschaft über den Bund zu begnügen. Diese Forderung wird mit der "politischen Vertrauenskrise" im Rossbach-Bund motiviert, zu der Rossbach selbst den Grund gelegt habe, als er auf eine "sehr konkret gestellte Frage des 2. Bundesführers nach der Stellungnahme des Bundes bei einer bestimmten revolutionären Situation" geantwortet habe: Wir werden auf jeden Fall dort stehen, wo die Reichswehr steht. Weiter wird Rossbach vorgeworfen, dass er den Bund vernachlässige und sich damit begnüge, als Theaterdirektor mit der Spielschar durch die Lande zu ziehen. Die neuen Kräfte im Bunde seien aber von der Art, dass sie sich nicht damit begnügen, "eine Truppe zu gelegentlichen Diensten eines weit ausserhalb stehenden Führers zu niemals klar umrissenen Absichten zu sein." "Unser Glaube an Rossbach schwand, deshalb soll er gehen!" lautet die Tendenz dieser Rundschreiben.

Die Antwort Rossbachs an die "Abtrünnigen" speit Gift und Galle. Das Ansinnen, von der Führung zurückzutreten, wird als "Groteske" bezeichnet. Der 2. Bundesführer wird von Rossbach verdächtigt, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein (!). Im Uebrigen löste Rossbach den Gau Westmark des Bundes mit sofortiger Wirkung auf, schloss den 2. Bundesführer und eine grössere Anzahl "Getreue" aus dem Bunde aus und verbot allen Bundesangehörigen jede Korrespondenz usw. mit den Abtrünnigen.

Interessant ist Rossbachs "Rechtfertigung" gegenüber den Angriffen seiner bisherigen Freunde. Er schreibt u.a.: "Ich entschied mich also für die Spielschar, weil ich die Truppe wollte, für die Truppe, weil ich den Bund wollte, für den Bund, weil ich die Revolution will: allerdings ohne salonschowschistische Problematik." Seine Spielschararbeit verteidigt Rossbach mit den Worten: 50 000 karthotekmässig geführte gastfreie Häuser in Deutsch-



land sind keine Äusserlichkeit mehr! Rossbach fordert schliesslich die Bundesmitglieder auf, zu ihm zu halten, die einmal von ihm im nationalistischen und revolutionären Sinne eingesetzt werden wollen! Der Erlass schliesst: Also, meine Herren, ich, Rossbach, führe jetzt den Bund wieder allein!

Inzwischen sind ganze Gruppen und Gaue geschlossen ins Lager der "Abtrünnigen" übergegangen. Rossbach wird sich wohl in Zukunft damit begnügen müssen, die Funktionen eines Wanderbühnendirektors auszuüben, was, nebenbei gesagt, kein schlechtes Geschäft ist. Die Spielschar Ekkehard (Rossbach) besteht aus etwa 40 Jungen und Mädels, die Essen (50 000 karthotekmässig geführte gastfreie Häuser!), Kleidung und Taschengeld erhalten und unter Rossbachs Leitung für hohe Eintrittsgelder in Kirchen (Weihnachten in der Dreifaltigkeitskirche in Berlin) und Sälen ihre altdeutschen Mysterien- und Spukspiele aufführen und damit angeblich "die deutsche Seele wecken wollen".

-----

SPD. Paris, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Young-Anleihe hat in den letzten Tagen an der Pariser Börse unter starken Kursstürzen zu leiden gehabt. Die Anleihe, die zu 980 ausgegeben war und Ende des Jahres 880 notierte, sank am Montag auf 740 und am Dienstag auf 710. Sie steht damit um rund zehn Prozent tiefer im Kurse als in Berlin.

Der Kurssturz ist hauptsächlich auf das Gerücht zurückzuführen, dass Deutschland für seine Reparationszahlungen schon in allernächster Zeit ein Moratorium beantragen wolle.

-----

SPD. Die politische Existenz der Nationalsozialistischen Partei beruht auf Lug und Trug. Niemals hat es eine Bewegung gegeben, die sich so bewusst der Lüge, der Täuschung und der absichtlichen Irreführung bedient hat. Nicht Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse erstrebt man, man hat nur ein Ziel: Man will an die Macht kommen und zu diesem Zweck ist jedes Mittel recht. Wer die Zusammensetzung der Führerschaft der Nazis und ihr praktisches Wirken dort verfolgt, wo sie bereits die Macht haben, der weiss, dass ihre Taten im schneidenden Widerspruch zu ihren Worten stehen. Soziale Gesinnung ist nur eine Maske, hinter der sich reaktionäre und kapitalistenfreundliche Gesinnung verbergen.

Diese Methode haben die deutschen Nationalsozialisten von Mussolini gelernt. Auch er hat sich die Gunst der Massen durch uferlose Versprechungen verschafft und sich vor der Eroberung der Macht als wütender Antikapitalist und Arbeiterfreund gebärdet. Der beste Beweis dafür ist sein erstes Programm, das er im November 1919 aufgestellt hat. Seine Hauptpunkte sind:

1. Konstituierende Versammlung behufs gänzlicher Umwandlung der Gesellschaft
2. Ausrufung der Republik, Volksherrschaft, sowie Begrenzung der Staatsgewalt auf die politische Leitung des nationalen Lebens;
3. Abschaffung des Senats und der politischen Polizei, sowie Wählbarkeit der Beamten;
4. Abschaffung aller Adelstitel;
5. Allgemeine Abrüstung und internationales Verbot der Waffenfabrikation;
6. Gedanken-, Gewissens-, Religions-, Presse- und Versammlungsfreiheit;
7. Einziehung der Kirchengüter, Auflösung der Finanzinstitute und Aktiengesellschaften, Unterdrückung jeder Art von Bank- und Börsenspekulation, Tilgung aller Staatsschulden durch die besitzenden Klassen, Beschränkung des persönlichen Besitzes und Einziehung der unproduktiven Einkommen;
8. Achtstundentag und Ausschluss der für die Gesellschaft nutzlosen Schmarötzer, Neuordnung der Produktion auf der Grundlage einer Staatsversicherung;

9. den Landarbeitern soll das Land, den Eisenbahnern, soweit sie Frontkämpfer sind, sollen die Eisenbahnen gehören, während die Verwaltung von Industrie, Verkehrswesen und der staatlichen Betriebe den Technikern und Arbeitern zu übertragen sind.
10. Abschaffung der Geheimdiplomatie, Eintracht aller Völker innerhalb eines Bundes der Nationen;
11. Staatshilfe für alle Bedürftigen usw. "

Dieses Programm enthält alles, was den Himmel auf Erden bringen würde. "Es ist unmöglich anzunehmen, dass Mussolini dieses Programm, in dem eigentlich nur der Kaviar als Volksnahrungsmittel fehlt, je für etwas anderes halten konnte, als ein Mittel, die verschiedenartigsten Elemente an sich zu locken, deren einziger Kitt eigentlich nur die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden und die Hoffnung auf etwas bildete, unter dem die einen Macht und Ruhm, die anderen Wohlstand, noch andere das Fischen im Trüben oder gar die Befriedigung der niedrigsten Instinkte verstanden." Diese zutreffende Kennzeichnung der mussolinischen Demagogie befindet sich in einer neuen deutschnationalen Zeitschrift "Das freie Deutschland", die den Nationalsozialisten ausserordentlich nahesteht!

Das Programm von 1919 hat Mussolini nie gehindert, nachdem sein Marsch auf Rom zum Erfolg geführt hatte, immer das gerade Gegenteil zu tun. Aber genau so wie Mussolini, nachdem er zur Macht gekommen ist, nicht mehr daran gedacht hat, irgend etwas von seinen sozialen oder antikapitalistischen Programmforderungen zu verwirklichen, genau so wird es bei den deutschen Nationalsozialisten sein. Haben erst einmal die proletarischen Wähler dem Adel, den Grossagrariern und den Grossindustriellen zur Macht verholfen, dann werden sie einen Fusstritt erhalten, der ihnen zeigt, dass Kapitalisten im sozialistischen Gewand im Betrügen der Massen ebenso bewandert sind wie Kapitalisten im kapitalistischen Gewande.

SPD. Paris, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Konflikt zwischen der parlamentarischen Untersuchungskommission im Oustric-Skandal und dem Justizminister Chéron dauert mit voller Schärfe an. Chéron verweigert nach wie vor die Herausgabe der angeforderten Dokumente aus der Buchhaltung der Oustric-Bank, wobei er sich unter Berufung auf das Prinzip der Trennung der Gewalten mutig hinter dem Untersuchungsrichter verschanzt. Unglücklicherweise hat derselbe Richter sich vor wenigen Wochen bereit erklärt, der Kommission von Fall zu Fall alle gewünschten Schriftstücke zur Einsicht vorzulegen.

In der Presse und zwischen den Parteien ist ein hitziger Streit um die Frage entstanden, aus welchen dunklen Gründen der Justizminister plötzlich die Untersuchungskommission in ihren Arbeiten zu hindern sucht. Die Reaktion behauptet natürlich, dass er bedrohte Parlamentarier aus der Regierungsmehrheit mit diesem verzweifelten Mittel schützen wolle. Es ist nämlich festgestellt worden, dass seit 1929 nicht weniger als 45 Parlamentarier sich für die Börsenzulassungen verschiedener Werte beim Finanzministerium eingesetzt haben. Ihre Namen sind allerdings noch nicht bekannt geworden. Die Linksparteien dagegen neigen mehr dem Argwohn zu, dass Chéron mit seinem Manöver der Regierung Steeg Schwierigkeiten bereiten und der alten Tardieu-Mehrheit den Weg zur Herrschaft erleichtern will.

SPD. Rom, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

In dem süditalienischen Erdbebengebiet von Melfi und Umgegend, das im letzten Juli von einer furchtbaren Erdbebenkatastrophe betroffen wurde, waren in der Nacht zum Sonntag und ebensc in der Nacht zum Dienstag wieder Erdbebenstöße zu verspüren. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Die aufgeschreckte Bevölkerung kampiert zur Zeit wieder im Freien.

---

SPD. Paris, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

An der Bahre des Marschalls Joffre sind bis Dienstag-Vormittag 65 000 Menschen vorbeidefiliiert. Am Nachmittag standen in der Kälte immer noch Hunderte von Menschen Schlange. Am Abend mussten viele fortgehen ohne den toten Marschall noch einmal gesehen zu haben.

Inzwischen arbeitete ganz Paris fieberhaft daran, die letzten Vorbereitungen für die grandiose Zeremonie der Ueberführung des Leichnams von der Kriegsschule nach Notre Dame zu treffen. Um acht Uhr abends wurde für das Publikum das Defilé geschlossen. Um neun Uhr brach der Zug von der Kriegsschule auf, um sich vorerst nach dem Triumphbogen zum Grabe des unbekanntes Soldaten zu bewegen, wo er zum Zeichen des Gedächtnisses eine Minute lang anhielt. Er ging sodann seinen Weg die Champs Elysées hinab zum Place Concorde, wo er vor dem Denkmal der Stadt Strassburg nochmals hielt und wo eine Militärkapelle die Marseillaise spielte.

Das Rathaus sowie die Kathedrale von Notre Dame waren schwarz verkleidet. Sämtliche Laternen in den Strassen, durch die der Zug sich bewegte, waren ebenfalls mit schwarzen Schleiern umhüllt. Ein Erlass des Polizeipräfekten hatte jede Reklamebeleuchtung ab neun Uhr abends untersagt. Dagegen waren am Triumphbogen ungeheure Beleuchtungskörper aufgestellt, die das Bauwerk mit Tageshelle überfluteten. Sämtliche Zeremonien wurden durch Radio mit Relais nach London, Brüssel und Prag übertragen. Lautsprecher verbreiteten an verschiedenen Plätzen der Stadt die Trauerfeier.

---

SPD. Halle, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Der einstige Waffenstillstandskommissar und heutige Kostgänger der Republik, Oberstleutnant Duesterberg, der zweite Bundesvorsitzende des Stahlhelms hatte in einer Rede zum Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung erklärt, Minister Grzesinski habe wegen seiner Dienste als ausführendes Organ der Feindbundmächte den Orden der Ehrenlegion verdient. Wenn er sich den auf seinen Frack hefte, könnte man ihn bei seinen Gelagen wenigstens vom Kellner unterscheiden. Den Merseburger Regierungspräsidenten von Harnack nannte er schlimmer als den Juden Ischariot, denn der ging wenigstens hin und hängte sich auf für seinen Verrat. Das hätte von Harnack nicht getan.

Wegen dieser unerhörten Beschimpfungen erhielt Duesterberg vom Grossen Schöffengericht Eisleben eine Geldstrafe von 500 Mark. Die Berufungsstrafkammer in Halle unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bühnemann ermässigte die Strafe auf 150 Mark. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Das Reichsgericht hob das Urteil mit der ausdrücklichen Feststellung auf, dass die Schwere der Beleidigung eine höhere Strafe gerechtfertigt erscheinen lasse.

Am Dienstag fand in dieser Sache Verhandlung vor der Strafkammer unter dem Vorsitz desselben Landgerichtsdirektors Bühnemann statt. Der Richter wurde nicht müde, immer wieder seine Unschuld an der nochmaligen Verhandlung zu beteuern und immer auf das Reichsgericht zu verweisen, das die Verhandlung veranlasst habe. In der Beweisaufnahme leistete sich Duesterberg fortgesetzt neue Unverschämtheiten. U.a. meinte er, der Staatsanwalt sei die letzten



12 Jahre wohl scheinot gewesen, denn sonst hätte er merken müssen, dass die Revolution das grösste Verbrechen und ein Hoch- und Landesverrat gewesen sei, der die Justiz und das Recht erschüttert habe. Das Reichsgericht habe nur aus politischen Gründen eine Verurteilung verlangt. Das Gericht setzte dieselbe Strafe von 150 Mark fest.

Aus der Urteilsbegründung ist die Bemerkung des Landgerichtsdirektors interessant, dass man auf die wirtschaftliche Lage des Angeklagten (Duestenberg ist Oberstleutnant und bezieht Pension) Rücksicht nehmen müsse und den Abbau der Pension bei der Höhe der Geldstrafe berücksichtigt habe.

-----

SPD. Amsterdam, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag kam es in Amsterdam wieder zu Arbeitslosenunruhen, die in dem sogenannten Jordaan-Stadtteil mit einer regelrechten Strassenschlacht endeten.

In den Innenstrassen des betreffenden Stadtteils rotteten sich hunderte von Personen zusammen, um nach der Innenstadt zu ziehen. Bei der Prinzengracht stiessen sie auf eine 10 Mann starke Polizeiabteilung, die die Demonstranten wiederholt aufforderte, auseinanderzugehen. Als die Menge schliesslich eine drohende Haltung einnahm, zogen die Beamten die Säbel. Die Demonstranten gingen jetzt ebenfalls zum Angriff über und schlugen drei Beamte nieder. Die anderen Schutzleute griffen darauf zu ihren Dienstrevolvern. Ein 24jähriger Demonstrant erhielt einen Bauchschuss.

In den späteren Nachmittagsstunden kam es in der Nähe des Dam wieder zu Unruhen. Die Polizei ist in erhöhten Alarmzustand versetzt, um weitere Unruhen schon im Keime zu ersticken.

-----

SPD. Warschau, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische "Robotnik" erklärt in seiner Dienstag-Ausgabe, dass die deutsch-polnische Kontroverse in Genf unabhängig von ihrem Verlauf und Ergebnis Polen grossen Schaden zufügen müsse. Vor allem werde die Welt etwas über die letzten "polnischen Wahlen" erfahren. Abgesehen von diesem moralischen Nachteil werde die Genfer Diskussion Polen auch politische Schäden zufügen, da die deutsch-polnischen Beziehungen, deren Milderung im Interesse aller verständigen Leute liege, durch den Konflikt eine bedeutende Verschärfung erfahren und die Hitlerleute diese Angelegenheit zu einem Feldzug gegen das Kabinett Brüning sowie gegen die bisherige deutsche Aussenpolitik benutzen würden. Ausserdem sei zu befürchten, dass die deutsch-polnische Diskussion in Genf einen ungünstigen Einfluss auf die beabsichtigte Einberufung der Abrüstungskonferenz haben werde. In diesem Falle würde die öffentliche Meinung der Welt zum mindesten die Hälfte der Schuld daran Polen zuschreiben.

"Die Polen-Diskussion in der kommenden Ratstagung, so schliesst der "Robotnik", ist demnach der beste Beweis dafür, dass die Pilsudski-Regierung durch ihre Taktik das beste Propagandamaterial gegen Polen liefert."

-----

SPD. Dortmund, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

In Dortmund war es im Herbst im Anschluss an eine nationalsozialistische Versammlung zu einem Zusammenstoss zwischen Nazis und Kommunisten gekommen, bei dem ein 16 jähriger Arbeiter erschossen und acht Personen durch Schüsse verletzt wurden. Wegen Beteiligung an dieser Schiesserei waren die Nationalsozialisten Gerigk und May angeklagt. Der Staatsanwaltschaftsrat Witte hatte für Gerigk Freispruch beantragt und durchgesetzt. May war wegen Widerstandes

gegen die Polizei zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Dazu meldet das Dortmunder sozialdemokratische Organ, dass der Oberstaatsanwalt gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt und entgegen dem sonst üblichen Brauch die Vertretung der Anklage in dem Berufungsprozess dem Staatsanwaltschaftsrat Witte entzogen hat. Es dürfte damit zu rechnen sein, dass die Oberstaatsanwaltschaft das politische Dezernat, das bisher Staatsanwaltschaftsrat Witte inne hatte, in andere Hände legt. Witte werden starke Sympathien für die Nationalsozialisten nachgesagt.

---

SPD. New York, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Der über die Philippinen niedergegangene Taifun hat das Land furchtbar heimgesucht. Man rechnet mit mindestens 150 Toten. Eine ganze Flotte von 30 Fischkuttern fiel dem Taifun ebenfalls zum Opfer. Die schwersten Schäden sind in der Provinz Layte zu verzeichnen, wo Tausende obdachlos und notleidend wurden, da die Ernte fast völlig zerstört ist.

---

SPD. Prag, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

In hiesigen gut informierten Kreisen gilt die Wahl des Aussenministers Benesch zum Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz als gesichert. Obwohl unlängst der "Popolo d'Italia" gegen Dr. Benesch eine sehr scharfe Sprache führte, glaubt man, dass weder von italienischer noch von anderer Seite Einwendungen gegen seine Person erhoben werden.

---

SPD. Die von dem Reichsfinanzminister auf der Stuttgarter Landesversammlung der württembergischen Demokraten vorgetragene Gedankengänge zur Arbeitsbeschaffung worden, wie aus industriellen Kreisen verlautet, von der Industrie abgelehnt, obwohl Dietrich sich bisher über seine Absichten nur andeutungsweise geäußert hat. Es sei zu befürchten, so heisst es in der Verlautbarung von industrieller Seite, dass Dietrichs Projekte, die als reichlich nebelhaft bezeichnet werden, das Vertrauen zur deutschen Finanzwirtschaft schwer erschüttern.

---

SPD. Bochum, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat teilt mit, dass der Versand auf Rechnung des Syndikats sich im Dezember 1930 nach dem vorläufigen Ergebnis auf arbeitstäglich 237 000 Tonnen gegenüber 206 000 Tonnen im Vormonat und 280 000 Tonnen im Dezember 1929 stellte. Auf das unbestrittene Gebiet entfielen 119 000 Tonnen (102 000 Tonnen im Vormonat), auf das bestrittene Gebiet 118 000 Tonnen (104 000). Die Haldenbestände auf den Zechen haben im Dezember nicht weiter zugenommen. Sie beliefen sich Ende Dezember auf 8,5 Millionen Tonnen einschliesslich Koks und Briketts in Kohle umgerechnet, wie Ende November. Während die Bestände an Kohle sich etwas verringert haben, ist beim Koks eine kleine Zunahme zu verzeichnen.

---

SPD. Promenadenmischung! Nach der Wahl-niederlage der Heimwehr liess sich ihr Führer Starhemberg in München zum Führer vom Bund Oberland wählen. Die Bundesführung von Oberland hat bei der letzten Reichstagswahl inoffiziell die Parole ausgegeben, für die Kommunisten zu stimmen. Dieser Bund Oberland ist die echte politische Promenadenmischung. Der Heimwehrfürst Starhemberg an der Spitze, aber die Wahlparole für die Kommunisten!

SPD. Dortmund, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit dem am Sonnabend-Abend in Dortmund-Mengede erfolgten Feuerüberfall, in dessen Verlauf ein Bergarbeiter getötet und drei schwer verletzt wurden, waren von der Polizei mehrere Schlag- und Schusswaffen beschlagnahmt worden. Die Waffen wurden, wie wir nachträglich erfahren, bei Leuten gefunden, die der NSDAP sehr nahe stehen. Die Zeche Adolf von Hansemann, in deren Kolonie der Ueberfall vor sich ging, hat als einzige Ruhrzeche nationalsozialistische Betriebszellen aufzuweisen.

SPD. London, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Neujahrsbotschaften Hindenburgs und Groeners veranlassen die "Times" in ihrer Dienstag-Ausgabe zu einem ausserordentlich beachtenswerten Leitartikel über das Verhältnis Deutschlands zum Young-Plan.

Das führende englische Blatt ist der Ansicht, die Regierung Brüning suche durch eine "kräftigere Aussenpolitik" den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese sogenannte Befreiungspolitik münde in einer Revision des Versailler Vertrages und insbesondere in einer Erleichterung der daraus hervorgegangenen wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands. Zweifellos habe die Wirtschaftskrise die Reparationsbürde Deutschlands in einer Art verschärft, wie es im Haag nicht vorauszusehen gewesen wäre. Zweifellos gebe auch der Young-Plan Deutschland die Initiative zu erklären, dass es ihm unmöglich sei, die Vertragsverpflichtungen einzuhalten. Es müsse ferner anerkannt werden, dass die Regierung Brüning alle Anstrengungen gemacht habe, in das von Parker Gilbert, dem früheren Reparationsagenten, ständig kritisierte deutsche Finanzchaos Ordnung zu bringen. "Aber, so fährt der Artikel fort, so wichtig alle diese Tatsachen sind, sie können kaum eine so voreilige Zuflucht zur Nichterfüllung des Young-Planes rechtfertigen. Es muss jedem, der seine Entstehungsgeschichte studiert hat, völlig klar sein, dass ein Moratorium nur als letzte Zuflucht gedacht ist. Die kann aber nur in Frage kommen, wenn die deutsche Währung und die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands gefährdet ist."

Trotz der gegenwärtigen schweren Krise ist jedoch nach der Ansicht der "Times" die Gefahr einer wirtschaftlichen und finanziellen Erschütterung Deutschlands nicht gegeben, und deshalb auch nicht die Rechtfertigung, die die Regierung Brüning zu einem Moratorium nötig habe. Die zeitweilige finanzielle Krise, die Deutschland im vergangenen Sommer durchgemacht haben, sei nicht verursacht durch die Unmöglichkeit der Zahlungsverpflichtungen des Young-Planes, sondern durch das plötzlich entstandene Mass von Misstrauen durch das Gerede einer freiwilligen deutschen Zahlungseinstellung.

SPD. London, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Arbeitslosen in England ist nach der amtlichen Statistik in der letzten Dezember-Woche um 234 765 auf 2 643 127 Personen gestiegen.

gegen die Polizei zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Dazu meldet das Dortmunder sozialdemokratische Organ, dass der Oberstaatsanwalt gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt und entgegen dem sonst üblichen Brauch die Vertretung der Anklage in dem Berufungsprozess dem Staatsanwaltschaftsrat Witte entzogen hat. Es dürfte damit zu rechnen sein, dass die Oberstaatsanwaltschaft das politische Dezernat, das bisher Staatsanwaltschaftsrat Witte inne hatte, in andere Hände legt. Witte werden starke Sympathien für die Nationalsozialisten nachgesagt.

-----

SPD. New York, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Der über die Philippinen niedergegangene Taifun hat das Land furchtbar heimgesucht. Man rechnet mit mindestens 150 Toten. Eine ganze Flotte von 30 Fischkuttern fiel dem Taifun ebenfalls zum Opfer. Die schwersten Schäden sind in der Provinz Layte zu verzeichnen, wo Tausende obdachlos und notleidend wurden, da die Ernte fast völlig zerstört ist.

-----

SPD. Prag, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

In hiesigen gut informierten Kreisen gilt die Wahl des Aussenministers Benesch zum Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz als gesichert. Obwohl unlängst der "Popolo d'Italia" gegen Dr. Benesch eine sehr scharfe Sprache führte, glaubt man, dass weder von italienischer noch von anderer Seite Einwendungen gegen seine Person erhoben werden.

-----

SPD. Die von dem Reichsfinanzminister auf der Stuttgarter Landesversammlung der württembergischen Demokraten vorgetragene Gedankengänge zur Arbeitsbeschaffung worden, wie aus industriellen Kreisen verlautet, von der Industrie abgelehnt, obwohl Dietrich sich bisher über seine Absichten nur andeutungsweise geäußert hat. Es sei zu befürchten, so heisst es in der Verlautbarung von industrieller Seite, dass Dietrichs Projekte, die als reichlich nebelhaft bezeichnet werden, das Vertrauen zur deutschen Finanzwirtschaft schwer erschüttern.

-----

SPD. Bochum, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat teilt mit, dass der Versand auf Rechnung des Syndikats sich im Dezember 1930 nach dem vorläufigen Ergebnis auf arbeitstäglich 237 000 Tonnen gegenüber 206 000 Tonnen im Vormonat und 280 000 Tonnen im Dezember 1929 stellte. Auf das unbestrittene Gebiet entfielen 119 000 Tonnen (102 000 Tonnen im Vormonat), auf das bestrittene Gebiet 118 000 Tonnen (104 000). Die Haldenbestände auf den Zechen haben im Dezember nicht weiter zugenommen. Sie beliefen sich Ende Dezember auf 8,5 Millionen Tonnen einschliesslich Koks und Briquets in Kohle umgerechnet, wie Ende November. Während die Bestände an Kohle sich etwas verringert haben, ist beim Koks eine kleine Zunahme zu verzeichnen.

-----

SPD. Promenadenmischung! Nach der Wahlniederlage der Heimwehr liess sich ihr Führer Starhemberg in München zum Führer vom Bund Oberland wählen. Die Bundesführung von Oberland hat bei der letzten Reichstagswahl inoffiziell die Parole ausgegeben, für die Kommunisten zu stimmen. Dieser Bund Oberland ist die echte politische Promenadenmischung. Der Heimwehrfürst Starhemberg an der Spitze, aber die Wahlparole für die Kommunisten!

SPD. Dortmund, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit dem am Sonnabend-Abend in Dortmund-Mengede erfolgten Feuerüberfall, in dessen Verlauf ein Bergarbeiter getötet und drei schwer verletzt wurden, waren von der Polizei mehrere Schlag- und Schusswaffen beschlagnahmt worden. Die Waffen wurden, wie wir nachträglich erfahren, bei Leuten gefunden, die der NSDAP sehr nahe stehen. Die Zeche Adolf von Hansemann, in deren Kolonie der Ueberfall vor sich ging, hat als einzige Ruhrzeche nationalsozialistische Betriebszellen aufzuweisen.

SPD. London, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Neujahrsbotschaften Hindenburgs und Groeners veranlassen die "Times" in ihrer Dienstag-Ausgabe zu einem ausserordentlich beachtenswerten Leitartikel über das Verhältnis Deutschlands zum Young-Plan.

Das führende englische Blatt ist der Ansicht, die Regierung Brüning suche durch eine "kräftigere Aussenpolitik" den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese sogenannte Befreiungspolitik münde in einer Revision des Versailler Vertrages und insbesondere in einer Erleichterung der daraus hervorgegangenen wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands. Zweifellos habe die Wirtschaftskrise die Reparationsbürde Deutschlands in einer Art verschärft, wie es im Haag nicht vorauszusehen gewesen wäre. Zweifellos gebe auch der Young-Plan Deutschland die Initiative zu erklären, dass es ihm unmöglich sei, die Vertragsverpflichtungen einzuhalten. Es müsse ferner anerkannt werden, dass die Regierung Brüning alle Anstrengungen gemacht habe, in das von Parker Gilbert, dem früheren Reparationsagenten, ständig kritisierte deutsche Finanzchaos Ordnung zu bringen. "Aber, so fährt der Artikel fort, so wichtig alle diese Tatsachen sind, sie können kaum eine so voreilige Zuflucht zur Nichterfüllung des Young-Planes rechtfertigen. Es muss jedem, der seine Entstehungsgeschichte studiert hat, völlig klar sein, dass ein Moratorium nur als letzte Zuflucht gedacht ist. Die kann aber nur in Frage kommen, wenn die deutsche Währung und die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands gefährdet ist."

Trotz der gegenwärtigen schweren Krise ist jedoch nach der Ansicht der "Times" die Gefahr einer wirtschaftlichen und finanziellen Erschütterung Deutschlands nicht gegeben, und deshalb auch nicht die Rechtfertigung, die die Regierung Brüning zu einem Moratorium nötig habe. Die zeitweilige finanzielle Krise, die Deutschland im vergangenen Sommer durchgemacht haben, sei nicht verursacht durch die Unmöglichkeit der Zahlungsverpflichtungen des Young-Planes, sondern durch das plötzlich entstandene Mass von Misstrauen durch das Gerede einer freiwilligen deutschen Zahlungseinstellung.

SPD. London, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Arbeitslosen in England ist nach der amtlichen Statistik in der letzten Dezember-Woche um 234 765 auf 2 643 127 Personen gestiegen.

SPD. Die Deutsche Staatspartei in Hessen ist in voller Auflösung begriffen. Der bisherige Fraktionsführer der Demokraten, Abg. Reiber, hat seinen Austritt aus der Staatspartei erklärt. Der demokratische Minister für Arbeit und Wirtschaft, Korell, ist der Deutschen Staatspartei überhaupt nicht erst beigetreten. Ein dritter Abgeordneter lehnte seinen Beitritt ebenfalls ab. Von den ursprünglichen Demokraten im hessischen Landtag gehören nur zwei der Staatspartei an. Auch im Lande treten die entschiedenen Demokraten aus der Deutschen Staatspartei aus.

Ende der Woche dürften sich Reiber und Korell entscheiden, zu welcher politischen Gruppe sie sich in Zukunft schlagen.

-----

SPD. London, 6. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Verfassungskomitee der englisch-indischen Konferenz erklärte sich am Dienstag der Sprecher der englischen Konservativen gegen eine indische zentrale Selbstverwaltung. Die Konservativen könnten nur einer Provinzial-Autonomie zustimmen. Gegen diese konservative Ansicht stehen jedoch die Vertreter der Arbeiterpartei sowie die Delegierten der englischen Liberalen, sodass die Einführung einer zentralen indischen Selbstverwaltung auch im englischen Unterhaus eine Mehrheit finden wird.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)



# Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Eine feige Schurkerei.

SPD. Der Nationalsozialist Feder hat sich in der Rundfunkdiskussion von dem Sozialdemokraten Nölting belehren lassen müssen, dass das nationalsozialistische Nachlaufen hinter Mussolini eine Würdelosigkeit sei. Würdelosigkeit ist überhaupt das Kennzeichen der Nationalsozialisten. Es ist so stark, dass die deutschen Nationalsozialisten in diesem Punkte von Mussolini Belehrungen annehmen sollten.

Ende Dezember wurde in Rom der Prozess gegen die sogenannten Verschwörer verhandelt. Unter den Angeklagten waren zwei Staatsbeamte aus Verona. Der Vorsitzende des Gerichts wies mit allem Nachdruck darauf hin, dass diese Beamten gegen den Staat konspiriert haben, dem zu dienen sie verpflichtet waren. Sie haben konspiriert, aber sie haben zugleich auch das Geld des Staates genommen.

Der Vorsitzende des Gerichts nannte diese Haltung eine "feige Schurkerei". Es ist eine Schurkerei, von der Einrichtung Geld zu nehmen, die man selbst für verwerflich hält, es ist feige, die feindliche Gesinnung unter der Maske eines treuen Dieners zu verbergen. Daher feige Schurkerei.

Als die preussische Regierung ihren bekannten Erlass gegen die nationalsozialistische Betätigung von Staatsbeamten herausgab, erlitten sämtliche Rechtsparteien einen Tobsuchtsanfall. Am lautesten schrien die Nationalsozialisten selbst. Sie fanden es in der Ordnung, dass preussische Beamte den preussischen Staat zu unterwühlen versuchten, um für diese saubere Tätigkeit das Geld des Staates zu nehmen. Ihr Ehrgefühl regte sich weder gegen die Schurkerei noch gegen die Feigheit, die in solcher Haltung liegt. Sie sprachen öffentlich sogar den Glauben aus, dass es in Deutschland Richter geben könnte, die die feige Schurkerei dieser nationalsozialistischen Beamten unterstützen würden.

Der faschistische Richter von Rom hat sie belehrt, was sie wert sind und wie ihre Haltung beurteilt werden muss. Jeder nationalsozialistische Beamte, der trotz seiner Betätigung gegen den Staat das Geld des Staates nimmt, sollte die Worte des römischen Richters im Verschwörerprozess sich täglich vor Augen führen. Hier ist ein Punkt, an dem die Nationalsozialisten wirklich einmal den Faschismus nachahmen sollten!

Das Dritte Reich braucht Geld.

Gegen die Nürnberger Firma Weiersmüller ist ein Verfahren wegen Betruges und Urkundenfälschung eingeleitet worden. Der Firmeninhaber hat das Arbeitsamt und damit die Arbeitslosen um mehrere tausend Reichsmark betrogen, indem er sich vom Arbeitsamt Beträge auszahlen liess, auf die er keinen Anspruch hatte. Er deckte den Betrug mit einer falschen Namensunterschrift.

Betrug am Arbeitsamt und damit den Arbeitslosen ist das erbärmlichste Vergehen, das man sich denken kann. Es heisst, den Notleidenden das Letzte wegnehmen, es zeugt von einer besonders niedrigen und gemeinen Gesinnung.

Der Inhaber der Firma Weiersmüller, der diesen Betrug begangen hat, ist Nationalsozialist. Er ist eine echte Zierde aus dem Dritten Reich! Wenn er Geld braucht, stiehlt er es den Arbeitern. Aber ist es nicht überhaupt der Zweck des famosen Hitler'schen Dritten Reiches die Arbeiter zu bestehlen, damit es den Unternehmern gut geht!

## Hitler weint.

Adolf Hitler, der Papst der Nationalsozialisten, hat sich von den Kapp-Putschisten Ehrhardt sagen lassen müssen, dass er zäsaristische Neigungen habe gleich bekannten gekrönten Häuptern, an deren psychopathischer Veranlagung niemals ein Zweifel gewesen ist. Zu diesen zäsaristischen Zügen Hitlers gehört seine Liebe zu bunten Phantasieuniformen. Er unterhält davon eine ganze Kollektion. Manchmal gefällt er sich darin, bekleidet mit einer bunten Phantasieuniform bei verschlossenen Türen, allein vor einem Spiegel zäsaristische Reden zu halten. Wer denkt nicht an Wilhelm II. und zugleich an Ludwig II. von Bayern?

Manchmal weint Hitler. Er hat öffentlich geweint, als er im Kriegervereinshaus in Berlin die rebellierende SA beschwor, die Streitaxt zu begraben.

Er weint oft und gern im Kreise der obersten nationalsozialistischen Führer. Er weinte, als er einen SA-Mann wegen Waffentragens notgedrungen aus der Partei ausschliessen musste.

Am liebsten aber weint er über sich selber. Vor den SA-Führern sprach er Ende November von den Opfern, die er als Führer der Bewegung bringe. Er deklamierte, ihm sei als Führer der Bewegung jede Lebensfreude genommen - und dabei brach er in Tränen aus. Da weinte er - über sich selbst, dass er nicht mehr genügend Zeit für seine hochelegante Junggesellen-Sechszimmerwohnung und ihrer Besucherinnen hat, für seine dauernden Freundinnen, seine teuren Automobile und sein Haus in Berchtesgaden. Er dauerte sich selbst.

Nur über eines hat er bisher noch nicht geweint: über die Opfer, die seine Mordbanditen gemeuchelt haben!

## Die Pleite mit den Abkürzungen.

Die nationalsozialistische Propaganda hat sich unsterblich blamiert, als sie seinerzeit allen Ernstes die Behauptung aufstellte, dass die Stadt Berlin ihre Erwerbslosen mit niederländischen Braunkohlenbriketts beliefe. Die braven Leute hatten auf den Bezugsscheinen die Abkürzung NL-Braunkohlenbriketts gelesen. Da sie ihre volkswirtschaftliche Weisheit nur von Herrn Feder beziehen brauchten sie nicht zu wissen, dass es in den Niederlanden keine Braunkohlenbriketts gibt und dass vor den Toren Berlins die Niederlausitz liegt, die bekanntlich reich an Braunkohle ist.

Das kommt davon, wenn man sich mit Beflissenheit auf die Abkürzungen stürzt! Eine ähnliche Blamage ist nun den Nationalsozialisten in der Pfalz widerfahren. Sie hatten irgendwo gelesen, dass Pfälzer Vereine eine Weihnachtsfeier veranstaltet hatten und dass dabei eine Jüdin als Tanzlehrerin zugezogen war. Der Satz, an dem sie am meisten Anstoss nahmen, lautete: "Den unterhaltenen Teil bestritt der Pf.W.V." Die Nationalsozialisten nahmen ohne weiteres an, dass dies heissen müsse: der Pfarrer W.V., und aus ihrer Annahme entwickelten sie dann eine Betrachtung über die Verworfenheit eines Pfarrers, der eine Jüdin als Tanzlehrerin engagiert habe, und über das Christentum jener Leute, die mit einer Jüdin getanzt hatten.

Die Geschichte von dem Pfarrer und der tanzenden Jüdin hatte jedoch einen Haken. Es waren wieder einmal die bösen Abkürzungen. Pf.W.V. hiess nämlich nicht Pfarrer W.V., sondern schlicht und einfach Pfälzer Wald-Verein.

Gebt den Nationalsozialisten drei Buchstaben und sie werden sofort die grandioseste Hetze daraus entwickeln!

# aus aller Welt

In der Nazi-Kaschemme.

SPD. Am Spätnachmittag des Mittwoch werden in Berlin die Opfer der nationalsozialistischen Mordlust zu Grabe getragen werden. Berlin wird einen ungeheuren Trauerzug erleben, der gleichzeitig eine würdige Demonstration gegen das unverantwortliche Treiben des Hitlerschen Verbrechergesindels, das im Zeichen des Blutrausches das Dritte Reich einführen will, darstellen wird. Am Vorabend der grossen Totenfeier hielt sich einer unserer Mitarbeiter unerkannt im Freundeskreis der Mordgesellen auf. Nachstehend schildert er seine Eindrücke.

Hufelandstrasse - die wenigen Gaslaternen ziehen eine dünne Lichtschnur durch diese finstere Seitenstrasse des Berliner Ostens. Wie eine schwarze und undurchdringliche Mauer breitet sich an ihrem Ende der Friedrichshain aus. Zehn Uhr - kaum, dass man auf den Bürgersteigen den Schritt eines Menschen hört. Leer liegt die Strasse und schweigsam. Aus kleinen Bierrestaurants, aus den Auslagen einfacher, bescheidener Geschäfte fällt ein wenig Licht. Drohend, unheimlich wachsen die Häuserfronten in den geröteten Nachthimmel. An den Ecken mustern Schupostreifen die Vorübergehenden.

Ueber zwei der letzten Häuser der Strasse schwebt noch das Grauen der Mordtat der Sylvesternacht. Das kleine Zigarrengeschäft des Vaters des ermordeten Willy Schneider liegt in dem einen - eine der üblichen berliner "Budicken" in den andern. Hier fielen die tödlichen Schüsse der Nazimörder. Die Kneipe, das Verkehrslokal der Nazi, macht von aussen einen ausserordentlich unscheinbaren Eindruck. Ein paar Bierreklamen - verhängte Fenster, eine Lampe über dem Eingang. Von innen höre ich lärmende Stimmen. Ich warte einen Augenblick und klinge dann die Tür auf. Mit einem Ruck bricht die Unterhaltung ab. Die Männer an den Tischen fahren herum und mustern den Eintretenden. Misstrauen stösst mir aus allen Augen heftig entgegen. Ein Glück, dass ich blond und garantiert arisch aussehe. An der Theke steht eine ältere Frau und blickt mich ängstlich an.

Ich sehe mich um: Es ist eines jener kleinen Lokale, in denen Kleinbürger, stammtischweise vereint, ihre politischen Leidenschaften bei einer "Molle" abregieren. Ein Klavier steht da, in der Ecke auch noch ein geschmückter Tannenbaum. An den Wänden hängen Plakate - Geschäftskalender - eine Art Sparkasse mit vielen Fächern, wie man sie in solchen Lokalen findet, - Zeitungen, natürlich der "Angriff". Die übrige Einrichtung macht einen abgenützten, dürftigen, beinahe ärmlichen Eindruck. Das ist also die Räuberhöhle, das Banditenlokal der Nazimörder? Hier an diesen Tischen wurde der Mordplan gegen die Reichsbannerleute ausgeheckt? Hier beschloss man die feige Niedermetzlung der politischen Gegner im Nebenhaus? Das Leben ist seltsam....

Nach einer Weile, während ich schon bei einem Bier am Tische sitze, flackern die Gespräche wieder langsam auf. Neben Kleinbürgern sitzen blonde, arische Jünglinge mit wasserblauen Augen. Die durch die Mordaffäre kompromittierten Parteigenossen fehlen heute, und die hier sind, bemühen sich, nach Möglichkeit eine unschuldsvolle Miene zur Schau zu tragen. Sie stecken zwar die Köpfe zusammen wie richtige Verschwörer, aber Hängebauch und Doppelkinn verraten die Maulhelden, die sich im Ernstfalle schnell und gründlich drücken werden. Die Jungen sitzen zwischen ihnen wie mitgelaufene Schafe, mit ahnungslosen und nicht gerade sehr intelligenten Gesichtern. Sie hören schweigend zu. Hier wird

in hundert Gesprächen die Stimmung geschaffen und nachher nehmen die aufgeputschten Jungen den Revolver und knallen ihre Gegner im Blutausch ab.

An einem anderen Tisch, an dem anscheinend ein Gemüsehändler, typische George Grosz Gestalt, das grosse Wort führt, herrscht eine kriegerische Atmosphäre. Der wohlgenährte Händler, dem man den Etappenhelden schon aus grosser Entfernung ansieht, schreit über den ganzen Tisch weg: "Die Juden haben den Krieg im Osten verraten". "Jawoll, alles Verräter und Juden", sagt ein anderer, "bis Hindenburg kam". Ein dürres, vertrocknetes Männchen schreit: "Mackensen!" Dann knallen die Stimmen durcheinander: "Dabeigewesen... welche Kompagnie?... Ulanen... Lietzmann... wenns wieder losgeht..." - Dann wieder Stille und die Wirtin füllt die Biergläser. Einer klappt noch nach. "Am allerschönsten wars aber eigentlich doch in der Etappe. Die Weiber, Mensch, die Weiber, ha!...!" wieherndes Gelächter. Das sind so die Freuden der Nazis - aber vor vier Tagen floss Blut.

Nazis unter sich! Hier am Biertisch ist die Republik schon tausendmal gestürzt worden. Mir gegenüber sitzen an einem Tisch ein paar jüngere S.A.-Leute. Sie reden leise miteinander, aber trotzdem gelingt es mir etwas von der Unterhaltung zu erwischen. (Das anfängliche Misstrauen der Wirtin habe ich anscheinend durch das Verzehren einer Portion Stülze entgültig besiegt. Sie schimpfen über die vielen Appelle, mit denen die S.A.-Führung ihre Leute in Atem hält. "Wie bei den Preussen", sagt der eine. Die andern nicken. "Und der Doktor fährt in seinem Mercedes grosskotzig spazieren. Die mit ihrem dicken Gehalt wissen nicht, wie es unsereinem zu Mute ist." Plötzlich geht die Tür auf und ein Schupo erscheint. Sofort fahren alle zusammen. Die Blicke werden lauernd und feindlich. Der Beamte geht unbekümmert durch den Raum. "Was ist denn los?" fragt einer kleinlaut, beinahe furchtsam. Nur der Dicke mit dem Abzeichen schreit prahlend: "Das Reichsbanner ist wieder in Gefahr..." - und sein Lachen poltert durch die plötzliche Stille. "Mensch, sei ruhig", sagt ein anderer. Der Schupo geht zum Telefon. Da kann sich einer am Biertisch nicht mehr halten. Das Bier läuft ihm zum Munde heraus und ehe er nach hinten kommt, liegt eine Bierlache mitten in der Stube. Die andern Peges sind damit beschäftigt, die Kriegsspuren wieder zu verwischen.

Der Schupo ist wieder verschwunden. Aber eine riesengrosse Angst liegt nun über den Köpfen der Männer. Der Schatten der Mordtat breitet sich über sie aus. Still und leise werden die Gespräche. Geduckt sitzen sie an den Tischen, armselige Verschwörer, Bierhelden, die vor den Folgen ihrer Tat zittern. Politische Feiglinge - stark gegen Wehrlose, aber blass beim Anblick einer simplen Schupouniform.

Zwei Tote klagen an. In ihren Schlupfwinkeln die Mörder - ihr Anhang hier, zitternd mit ihnen. Draussen rollt ein schwerer Wagen vorbei: Polizei. Die hier drin wissen, dass es die Polizei der Republik ist, die sie schützen muss. Eine bleiche, gespenstische Furcht scheint die Jünger des dritten Reiches zu beherrschen. Wie um sie zu vertreiben, steht einer auf und schlägt den Klavierdeckel hoch. Ein paar Takte rollen durch das Zimmer. Dann geht die Wirtin auf ihn zu. Spricht ängstlich auf ihn ein. Der Deckel klappt wieder herunter. Verlegen setzt sich der Junge, er sieht aus wie ein Primaner der seine Aufgabe nicht gekonnt hat, an seinen Platz zurück -

Als ich aus dem Lokal trete, sehe ich an der Ecke einen Bereitschaftswagen stehen, auf der anderen Seite einen "Flitzer". Schupos mit heruntergelassenen Sturmriemen warten. An den Ecken blinken die Helme von Polizeipatrouillen. Alarmbereitschaft! Scharf pfeift der Januarwind an den grossen dunklen Häusern entlang. In den finsternen Tiefen der Nebenstrasse sammeln sich kleine Trupps. In den Hausecken stehen Neugierige und warten ihrerseits - hungrig auf ein Ereignis....

Mordstimmung liegt in der Luft.

Wie lange noch?

+

+

+

Verurteilter Nazihetzer. Der Herausgeber der nationalsozialistischen Schülerzeitschrift "Der Aufmarsch", ein gewisser Ammerlahn, ist von den Berliner Gerichten im Berufungsverfahren wegen Beleidigung des demokratischen Oberstudienleiters Professor Hildebrand zu 300 Mark Geldstrafe und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt worden. Der Nazi wurde in erster Instanz zu nur hundert Mark verurteilt, der Staatsanwalt hatte daraufhin Berufung eingelegt. Ammerlahn hatte in seinem Sudelblättchen den republikanischen Pädagogen auf das schwerste beschimpft und ihm u.a. Landesverrat zum Vorwurf gemacht. Der wackere Verleumder konnte vor Gericht auch nicht die Spur eines Wahrheitsbeweises antreten und wurde vom Staatsanwalt einer vernichtenden Charakteristik unterzogen. Das Berufungsurteil korrigiert den unverhältnismässig milden Spruch der ersten Instanz zwar erheblich, man muss jedoch sagen, dass für solche nichtsnutzigen Schmähungen nur Gefängnisstrafen als angebracht angesehen werden können.

+ + +  
Verhafteter Zigarettschmuggler. Bei dem Versuch, 10 000 Zigaretten nach Deutschland einzuschmuggeln, wurde in Trier ein Mann verhaftet, der diesen Schmuggel mit Hilfe eines Behälters durchzuführen versuchte, der so geformt und angebracht war, als ob er zur Einrichtung eines Eisenbahnwagens gehörte. Die Zigaretten sollten nach Frankfurt/Main weiter gegeben und von da nach anderen deutschen Grosstädten, wo schon seit Monaten ein umfangreicher Verkauf geschmuggelter luxemburgischer und belgischer Zigaretten beobachtet worden war. Der festgenommene Schmuggler hat bereits mehrere 100 000 Zigaretten über die Grenze geschafft. Er hatte Mithelfer. Man nimmt an, dass die Zigaretten nachts mit Kähnen über den Grenzfluss Sauer befördert oder mit Drahtseilen in wasserdichten Gefässen durch den Fluss gezogen worden sind.

+ + +  
Frautodversuch eines Bankiers. In einem Berliner Waffengeschäft verübte der 40 Jahre alte Bankier Steinfeldt einen Selbstmordversuch durch Erschiessen. Der Bankier wurde schwer verletzt und wird vermutlich erblinden. Da die Firma Steinfeldts geschäftlich gut dasteht, dürften finanzielle Motive nicht die Veranlassung zur Tat sein.

+ + +  
Verhaftete Grossbetrüger. Am Dienstag mittag wurden in Berlin der 30 jährige Kaufmann Willi Hauke und der 20 jährige Kaufmann Erich Abraham von der Kriminalpolizei verhaftet. Beide haben durch Warenbetrug im Laufe des vergangenen Jahres mehr als 150 000 Mark erschwindelt.

+ + +  
Der italienische Ozeangeschwader-Flug. Das italienische Ozeanflugbootgeschwader startete in Bolama (Westafrika) zu seinem Fluge nach Port Natal an der brasilianischen Küste. Die zurückzulegende Strecke beträgt 3 000 km, der Aktionsradius der Maschinen 3 500 km. Der Abflug erfolgte in drei Gruppen zu je vier Flugzeugen.

+ + +  
Vereitelter Kaffeeschmuggel. In Richterich bei Aachen stellte die Polizei einen Schmugglerwagen, der mit 30 Zentner Kaffee beladen war. Die den Wagen begleitenden zwei Schmuggler entkamen.

+ + +  
Opfer der Spielwut. In Sofia versuchte ein junger Arbeiter sein "Glück" in einem der zahlreichen Spiellokale, die trotz polizeilichen Verbots überall in der Unterwelt wuchern. Nach anfänglichen Gewinnen begann der Arbeiter zu verlieren. Bald hatte er seine gesamte Barschaft im Betrage von 1 500 Lewa verspielt. Gepeckt von der Spielwut versetzte der Bursche seinen Mantel und vier Goldzähne, die ebenfalls schnell verloren waren. Verzweifelt ging er dann nach Hause und verübte Selbstmord durch Öffnen der Halsschlagader.

## Was wird an der Ruhr?

Am Mittwoch fällt die Entscheidung.

SPD. Am Mittwoch wird man noch einmal versuchen, den Lohnkonflikt im Ruhrbergbau zu schlichten. Obwohl die letzten Vorgänge an der Ruhr es politisch und wirtschaftlich dringend angebracht erscheinen lassen, diesen Streitfall so bald wie möglich aus der Welt zu schaffen, ist es doch immerhin zweifelhaft, ob man zu einem Ergebnis kommen wird. Es ist schon möglich, dass der Schlichter zum zweiten Mal seinen Auftrag unerledigt zurückgibt und dann rächen sich alte Sünden, die den Sinn der nach dem Krieg aufgekommenen Lohnschiedsgerichtlichkeit in ihr Gegenteil verkehren. Zu den teuren Erfahrungen im Berliner Metallarbeiterstreik vor einem Vierteljahr werden sich neue und kaum weniger schmerzliche gesellen.

Diese Befürchtungen sind umsomehr berechtigt, als sich die Auffassungen der Bergbauunternehmer und der Gewerkschaften in der Lohnfrage in den letzten Tagen weiter voneinander entfernt haben. Beide Teile haben neues Zahlenmaterial veröffentlicht. Die Ruhrunternehmer errechnen selbst für die besten Zechen ein Defizit pro Tonne absatzfähiger Kohle von rund 1,70 Mark. Selbst wenn man annimmt, dass hier für die kommenden Schlichtungsverhandlungen mit dem "taktischen Bleistift" gerechnet worden ist, ergeben sich stärkste Differenzen, da die Gewerkschaften einen Reingewinn pro Tonne von rund 2,50 Mark herausrechnen. Wir sind geneigt, die Rechnung der Gewerkschaften für die richtigste zu halten. Die Unternehmerrechnung nimmt z.B. einen Erlös pro Tonne von etwa 15,35 Mark an. Nach den uns zur Verfügung stehenden Zahlen hat der Erlös pro Tonne (Kohle einschließlich Koks ohne Nebenprodukte) in den Monaten September und Oktober um 16,20 Mark gelegen. Erst im November ist der Erlös, wahrscheinlich schon unter Einfluss der Kohlenpreissenkung, zurückgegangen. Er dürfte aber immer noch um rund 40 Pfennige höher gewesen sein als die Ruhrunternehmer behaupten. Änderungen sind in den letzten Wochen wohl kaum erfolgt. Wenn man nun für Oktober 1930 von einer Arbeitsleistung pro Kopf und Schicht in der Gesamtbelegschaft des Ruhrbergbaus von 1415 Kilogramm ausgeht (1929 = 1272 kg und 1913 = 943 kg), dann ergeben sich bei einem Lohn von 9 Mark pro Tonne absatzfähiger Kohle Lohnkosten in Höhe von etwa 6,40 Mark. Dazu kommen 16 % Angestelltengehälter, Versicherungsbeiträge = 1,05 Mark und Urlaubsgelder = 0,20 Mark. Die Lohnkosten berechnen sich damit auf rund 8,70 Mark pro Tonne. Da nun die Lohnkosten im Ruhrbergbau, wie von Unternehmerseite vor kurzem selbst festgestellt und zugegeben worden ist, 65 % der Arbeitskosten ausmachen, ergeben sich als Selbstkosten für die Tonne absatzfähiger Kohle 13,40 Mark. Nimmt man, vorsichtig, einen Erlös von rund 15,70 Mark an, so verbleibt ein Reingewinn von 2,30 Mark. Selbst wenn man die Erlöse für die Nebenprodukte nach den Angaben der Unternehmer einsetzt, verringert sich dieser Reingewinn nur so gering, dass er zwischen 2,20 und 2,30 Mark liegen dürfte. Dabei sind die gesunkenen Materialpreise noch nicht berücksichtigt. Die Rationalisierung im Ruhrbergbau, die Steigerung der Leistung pro Kopf und Schicht hat die Profite ohne Zweifel gesteigert. Der Lohnanteil pro Tonne ist, auch in den letzten Monaten, ständig gesunken. Es macht sich hier die durch Rationalisierung erzwungene Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft bemerkbar, über die man sich leider in der Öffentlichkeit bis jetzt noch nicht genügend klar geworden ist. Das Phänomen der verbilligten Arbeitskraft ist ja auch zum Schaden



der Wirtschaft im Ruhrkonflikt nicht genügend beachtet worden, wie sich die Lohnpolitik der Reichsregierung bis jetzt über dieses wichtigste Ereignis in unserer Wirtschaftsentwicklung seit den letzten 5 Jahren mit mehr Mut als Können hinweggesetzt hat. Ueber die Zusammenhänge mag folgende Zusammenstellung auf dem sächsischen Steinkohlenbergbau unterrichten:

	<u>Durchschnitt</u>	<u>September</u>	<u>Oktober</u>
	1929	1930	1930
Förderanteil je Kopf und Schicht	658 Kilogramm	720 kg	729 Kilogramm
Effektiver Lohn	7,87 Mark	7,62 Mark	-
Lohnanteil pro Tonne	11,90 Mark	10,58 Mark	-

Wenn z.B. der für Sachsen gefällte Schiedsspruch eine 6%ige Lohnreduzierung vorsieht, so heisst das auf jeden Fall, dass hier Mehrleistung und Arbeitswille mit Lohnabzug bestraft werden. Es mag dem Unternehmertum gelingen, derartige Brutalitäten durchzusetzen. Aber dieses Unternehmertum muss sich überlegen, dass seine unsinnigen Methoden Konsequenzen nach sich ziehen müssen. Einer unserer bekanntesten Montanindustriellen, Dr. Silverberg, hat vor kurzem von der Mentalität und von der Psyche des Unternehmers gesprochen, der umsonst arbeiten soll. Herr Silverberg zum wenigsten dürfte auch psychologisch derart genügend geschult sein, dass er sich in die Seele eines Bergknappen versetzen kann, den man mit Lohnabzug bestraft, weil er fleißiger gearbeitet hat.

Der Schlichter an der Ruhr, Professor Brahn, hat es beim ersten Mal vorgezogen, keinen Schiedsspruch zu fällen und es ist möglich, dass er zum zweiten Mal keinen Spruch fällt. Nach dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts, das im Rahmen des grossen Metallarbeiterkonflikts in Rheinland und Westfalen vor gut zwei Jahren erfolgte, kann ein Schiedsspruch nur mit einer Mehrheit gefällt werden. Diese Mehrheit konnte der Schlichter an der Ruhr mit den Stimmen der Arbeitnehmer nicht erzielen, da die Gewerkschaftsvertreter selbstverständlich nicht einen Lohnabbau sanktionieren. Die Arbeitgeber standen aber auf dem Standpunkt, dass der Lohnabbau zumindest 8 % betragen müsse. Eine Milderung lehnten sie als undiskutabel ab. Hätte Dr. Völkers, der den unbegreiflichen Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie gefällt hat, an der Stelle von Dr. Brahn gestanden so würden wir vielleicht erlebt haben, dass der Schlichter vor den Forderungen der Unternehmer kapituliert hätte. Für Brahn gingen aber die Forderungen der Bergbauindustriellen offenbar zu weit. Er wollte anscheinend schlichten und nicht kapitulieren. Er hätte einen Ausweg suchen und ein Kompromiss mit seiner Stimme durchsetzen können, was nach dem Gesetz durchaus möglich ist. Das Reichsarbeitsgericht hat sich aber in seinem erwähnten Urteil auf den Standpunkt gestellt, dass mit der Stimme des Schlichters allein nicht zu entscheiden ist und dass der Schlichter eine Mehrheit braucht. Dieses schon oft als unhaltbar kritisierte Urteil hat im Ruhrkonflikt eine wirkliche Schlichtung, einen wirklich objektiven Spruch unmöglich gemacht. Wie schon in anderen Fällen. Die grossen Erschütterungen unserer Wirtschaft, angefangen vom Berliner Metallarbeiterstreik bis zum Ruhrkonflikt, stehen unter dem unheimlichen und bedenklichen Einfluss einer sogenannten Erkenntnis von obersten Richtern in roten Talar, die ausgezeichnete Juristen sein mögen, aber leider wirtschaftsfremd sind und ohne Zweifel den wirklichen Verhältnissen himmelweit fern stehen. Dieser Leipziger Spruch ist der deutschen Wirtschaft bisher schon teuer zu stehen gekommen und wir befürchten, dass er auch diesesmal Opfer fordern wird. Man täte klug, wenn man jetzt die Gelegenheit beim Schopfe fasst und eine Korrekturvornahme, die den Verhältnissen in unserer Wirtschaft mehr entspräche. Durch das Reichsarbeitsgerichtsurteil ist zweifellos die Lohnschiedsgerichtlichkeit einseitig festgelegt und für die Schlichtung wirklicher Konflikte unbrauchbar gemacht worden.

SPD. Am Dienstag hat der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats der Markenpreisartikelverordnung der Reichsregierung einstimmig seine Zustimmung gegeben. Nach dieser Verordnung fällt der Preisschutz für sämtliche Markenartikel fort, die ihren Preis seit dem 1. August 1930 nicht um 10 % verringert haben. Unter die Verordnung fallen zunächst sämtliche Lebensmittelmarkenartikel mit Ausnahme von Schaumwein und Spirituosen (Weinbrannt usw.). Hinsichtlich der Spirituosen hat sich der Reichswirtschaftsrat von Rücksichten auf das Spritmonopol leiten lassen. Die vollständige Liste der betroffenen Markenartikel wird in den nächsten Tagen fertiggestellt werden.

Man darf erwarten, dass die Regierung jetzt handeln wird. Sie hat lange genug gezögert und die ganze Angelegenheit ist zwischen den Ministerien und dem Reichswirtschaftsrat hin und her geschoben worden. Der Handel und die Produktion können sich auch nicht darüber beschweren, dass die bevorstehenden Massnahmen der Regierung nicht ihren besonderen Verhältnissen Rechnung tragen. Sie haben seit der Erhebung des Reichswirtschaftsrats genügend Zeit gehabt, die Preisumstellung zu vollziehen. Anscheinend haben Produktion und Handel die Androhungen der Regierung nicht ganz ernst genommen. Die Regierung hat jetzt dem Volke zu zeigen, dass sie ernst genommen werden will.

Man soll die Bedeutung des Beschlusses des Reichswirtschaftsrats nicht unterschätzen. Unter die Markenartikel fallen sehr zahlreiche Waren. So hat der Reichswirtschaftsrat in der oben erwähnten Enquete die Verhältnisse bei Haferflocken, Kaffeeersatzmitteln, Margarine, Schokolade, Backpulver, Puddingpulver, Zahnpflegemitteln, Schuhputzmitteln, Seifen, Putzmitteln, elektrischen Bedarfsgegenständen (Staubsauger, Bügeleisen, Glühlampen) und Schallplatten untersucht. Schätzungsweise kann der Anteil der preisgebundenen Markenartikel auf 10 % des mit 3,5 bis 4 Milliarden Mark anzunehmenden Einzelhandelsumsatzes geschätzt werden. Bei den Lebensmitteln dürften 10 bis 20 % preisgebundene Markenwaren sein. Der Durchschnittshaushalt in Deutschland dürfte etwa 7 bis 10 % Markenwaren verbrauchen. Die Erhebung des Reichswirtschaftsrates hat ergeben, dass die Handelsspannen bei den Markenartikeln ohne Zweifel recht hoch liegen. Im Einzelhandel mit Lebensmitteln und Kolonialwaren ist mit Spannen zwischen 15 und 25 % zu rechnen, im Feinkosthandel mit 18 bis 33 1/3 %, im Drogenhandel mit Spannen zwischen 25 und 50 %. Bei den oben erwähnten, vom Reichswirtschaftsrat untersuchten Waren lagen die Spannen, soweit es sich um Haushaltswaren des unmittelbaren Bedarfs handelt, um 20 %. Die Grosshandelsspannen liegen zwischen 6 und 15 %, im Durchschnitt dürften sie etwa 10 bis 12 % betragen. Wenn die Regierung also einen Preisnachlass von 10 % fordert, ist sie noch zurückhaltend. Die Preisüberhöhung bei den Markenartikeln macht eine viel stärkere Preisermässigung nötig. Vorerst kommt es aber darauf an, dass die Regierung diese bescheidene Preisermässigung auch durchführt.

SPD. Das Krisenamerika zieht die Aufmerksamkeit der europäischen Völker ebenso sehr auf sich als das Amerika der Prosperität. Ein Zeichen sind die sich häufenden Vorträge über die Wirtschaftslage Amerikas. Dahin gehört eine Veranstaltung des Stahlwerksverbandes Düsseldorf, die im Berliner Ingenieurhaus am Dienstag stattfand. Herr von Halem berichtet über seine amerikanischen Erfahrungen und führte dazu u.a. folgendes aus:

Bis Ende 1929 hat man in den Vereinigten Staaten etwa eine Milliarde Tonnen Stahl jährlich erzeugt. Das bedeutet, bezogen auf das Jahr 1917, eine Zunahme der Stahlproduktion um 100 Prozent. Der Stahlverbrauch pro Kopf der Bevölkerung beträgt in den Vereinigten Staaten 450 kg gegenüber 198 kg in Deutschland, 264 kg in England und 425 kg in Belgien und Luxemburg. Insbesondere ist die Bedeutung der legierten Stähle gewachsen; bezeichnend ist es, dass Amerika seinen eigenen Stahlbedarf nicht decken kann, sondern erhebliche Mengen einführen muss. Neue Wege bezüglich der Verwendung von Stahl hat die amerikani-

sche Röhrenindustrie beschrritten.

Der Vortragende hat den Eindruck gewonnen, dass die Automobilindustrie Amerikas heute bezüglich der Rationalisierung und Mechanisierung den Höchstpunkt erreicht hat. Täglich laufen in den Fordwerken 10 000 Automobile vom Band. Die Arbeitszeit vom flüssigen Eisen bis zum fertigen Wagen beträgt nur noch  $4 \frac{3}{4}$  Stunde. Die Herstellung von Chassis ist derartig mechanisiert worden dass es einer Firma in Milwaukee gelungen ist, mit nur 180 Arbeitern täglich 10 000 Chassis herzustellen. Dabei werden nicht weniger als 587 verschiedene Arbeitsgänge völlig automatisch verrichtet, sodass Menschen in immer höherem Masse ausgeschaltet werden. Die Leitung der betreffenden Firma glaubt, dass sie ihr Personal noch um weitere 20 Menschen vermindern kann. Durch diese auf die Spitze getriebene Mechanisierung kann hier alle 10 Sekunden und später alle 6 Sekunden ein fertiges Automobilchassi hergestellt werden.

Im Stahlbau war 1929 die Bautätigkeit um 13 Prozent zurückgegangen. Trotzdem hat der Stahlverbrauch selbst eine Steigerung von 17,7 Prozent erfahren und es hat den Anschein, dass die Verwendungsmöglichkeiten von Stahl in der nächsten Zeit noch erhebliche Steigerung erfahren dürfte. Amerikanische Untersuchungen über die Wirtschaftlichkeit von Hochhäusern haben ergeben, dass bei einem Bodenpreise von 15 000 Mark je qm eine Stockwerkhöhe von 75 Geschossen für amerikanische Verhältnisse die günstigste Rente garantiert. Das bisher höchste Gebäude der Vereinigten Staaten, das Empire States Building, hat 85 Stockwerke bei einer Höhe von 330 m. Es enthält nicht weniger als 610 km elektrische Drahtleitungen, 120 km Wasserleitungen und 50 000 Tonnen Stahl. Die elektrischen Aufzüge erreichen eine Sekundengeschwindigkeit von 336 m. Bemerkenswert sind die Versuche, eine möglichst gute Deckenkonstruktion unter Benutzung von Stahl herzustellen. Die Rationalisierung auf dem Gebiete des Bauwesens schreitet ebenfalls immer weiter vorwärts. So gibt es bereits in Chicago eine Fabrik, die ganze Stahlhäuser fertigt, sie mit Hilfe von Kränen verladet und durch Autos an Ort und Stelle bringen lässt. Auch im Automobilstrassenbau wird Stahl immer grössere Verwendung finden. Kürzlich wurde die erste Versuchsstrasse mit einer Stahlunterlage gebaut. Diese Strasse soll wegen der elastischen Unterlage vor allem auch Temperaturschwankungen gegenüber widerstandsfähiger sein, sodass Rissbildungen vermieden werden. Für den Zukunftsverkehr der amerikanischen Grosstädte plant man Hochstrassen, die die Wolkenkratzer verbinden, und die, ähnlich wie Hängebrücken, an Drahtseilen aufgehängt werden sollen. Augenblicklich wird in New York eine ganze Stahl-Hochstrasse gebaut, die 18 Meter breit und 7,5 Kilometer lang ist.

SPD. Das Kalisyndikat teilt mit: Die Abladungen des Deutschen Kalisyndikats im Dezember 1930 betragen 806 991 dz Reinkali gegen 995 826 dz Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Im nunmehr abgelaufenen Kalenderjahr 1930 wurden von den Kaliwerken insgesamt 13 567 279 dz Reinkali gegen 14 014 058 dz Reinkali im Kalenderjahre 1929 versandt. Die Abladungen in den ersten acht Monaten (Mai bis Dezember 1930) des laufenden Düngejahres betragen 7 006 221 dz Reinkali gegen 7 65 607 dz Reinkali in den ersten acht Monaten des Düngejahres 1929/30. In diesen Zahlen sind die Abladungen der Kaliwerke für die Exportlager des Syndikats mitenthalten.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 6. Jan.: I. 137 Mark, II. 126 Mark, III. 110 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

Rückschlag in Weizen.

(Berliner Getreidebörse vom 6. Januar.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Dienstag für Weizen erheblich schwächer. Zunächst war die Nachfrage geringer geworden, was wohl mit dem Ausbleiben der Anfragen seitens der rheinischen Mühlen infolge des katholischen Feiertages zusammenhängt. Gleichzeitig hat sich aber auch das Angebot vermehrt, sodass sich die Preise nicht halten konnten und im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft um etwa 3 Mark zurückgingen. Roggen konnte seinen Preisstand besser behaupten. Das Angebot war zwar ausreichend, aber auch die Nachfrage war etwas reger, zumal die Preisspanne zwischen Weizen und Roggen zurzeit ausserordentlich gross ist. Der Mehlmarkt verkehrte weiter in recht stiller Haltung. Die Forderungen der Mühlen waren veränderlich; jedoch zeigte sich keine Kaufneigung über den laufenden Tagesbedarf hinaus. Hafer hatte im allgemeinen stetige Tendenz. Das Angebot war nicht gross, genügte aber für die gleichfalls nur knappe Nachfrage.

	<u>5. Januar</u>	<u>6. Januar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	258 - 260	258 - 260
Roggen	157 - 160	156 - 159
Braugerste	200 - 216	200 - 216
Futter- und Industriergerste	188 - 194	188 - 194
Hafer	141 - 145	141 - 145
Loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,75-37,10	29,75-37,20
Roggenmehl	23,65-26,75	23,65-26,75
Weizenkleie	9,75-10,00	9,75-10,00
Roggenkleie	8,75-9,50	8,75-9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 280 3/4-278 1/2 (Vortag 281), Mai 288 1/2-287 (288 3/4). Roggen März 179 1/2-179 Brief (179 1/2), Mai 189 1/4-189 (190). Hafer März 160 und Brief (161 3/4), Mai 170-169 1/2 (172).

-----  
Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 6. Januar)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,65-0,75
" Weizenstroh	"	0,55-0,65
" Haferstroh	"	0,55-0,65
" Gerstenstroh	"	0,55-0,65
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	"	0,75-1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	0,70-0,85
" Weizenstroh	"	0,60-0,75
Häcksel	Tendenz ruhig	" 1,45-1,60
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	" 1,30-1,70
Gutes Heu, gesund und trocken	"	" 1,80-2,20
Luzerne, lose	"	" - - -
Thymothee, lose	"	" 2,85-3,15
Kleeheu, lose	"	" 2,60-3,00
Mielitz-Heu, lose, rein	"	" - - -
" " " (Warthe)	"	" 1,60-1,80
" " " (Havel)	"	" 1,20-1,50
Drahtgepresstes Heu	Tendenz still	" 0,40.

-----

SPD. Das Ruhrsyndikat gibt einen Bericht über die Absatzlage im Monat Dezember, der erfreulicherweise optimistisch klingt: Der Versand des Syndikats stellte sich im Dezember 1930 nach den vorläufigen Ergebnissen auf arbeits- täglich 237 000 t gegenüber 206 000 t im Vormonat und 280 000 t im Dezember 1929. Auf das unbestrittene Gebiet entfielen 119 000 t (102 000 t im Vormonat), auf das bestrittene Gebiet 118 000 t (104 000 t im Vormonat).

Die Haldenbestände auf den Zechen haben im ganzen nicht weiter zugenommen; sie beliefen sich gegen Ende Dezember auf 8,5 Mill.t (einschliesslich Koks und Briketts, in Kohle umgerechnet) wie Ende November. Während die Bestände in Kohle sich etwas verringert haben, ist beim Koks noch eine kleine Zunahme zu verzeichnen.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 - 1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 29.12.1930 bis 3.1.1931 auf 85,1 gegenüber 85,0 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 78,8 (78,9), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 74,6 (74,4) und Gruppe Handel und Verkehr auf 108,9 (109,0).

Für den Durchschnitt des Monats Dezember 1930 ist der Index mit 87,3 gegenüber 92,3 im Durchschnitt November 1930 ermittelt, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie 81,3 (87,4), Gruppe Verarbeitende Industrie 76,6 (81,4) und Gruppe Handel und Verkehr 111,3 (115,5).

#### Berliner Viehmarkt.

(6. Januar)

SPD. Das knappe Angebot auf dem Lälbermarkt trieb die Preise stärker in die Höhe. Besonders hohe Preise wurden für erstklassige Ware gezahlt. Auch auf dem Hammel- und Schweinemarkt war das Angebot knapp. Die Preise zogen durchweg an. Genügender Auftrieb war auf dem Rindermarkt festzustellen. Im grossen und ganzen konnten hier die letzten Preise behauptet werden.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:  
Kühe: a) 40 - 45 (voriger Markt 40 - 46), b) 32 - 38 (32 - 38), c) 28 - 30 (28 - 30), d) 24 - 27 (24 - 27), Kälber: a) - (-), b) 75 - 81 (65 - 72), c) 60 - 75 (55 - 63), d) 45 - 55 (40 - 50). Schweine: a) (über 300 Pfd.) 62 - 64 (61 - 63), b) (240 - 300 Pfd.) 63 - 65 (62 - 63), c) (200 - 240 Pfd.) 62 - 65 (61 - 63), d) (160 - 200 Pfd.) 60 - 63 (60 - 62), e) (120 - 160 Pfd.) 55 - 60 (55 - 58), f) (unter 120 Pfd.) -(-), g) (Sauen) 58 (55 - 56).

SPD. Im Konkursterrn der Grossbuchbinderei Carl Einbrodt in Leipzig wurde wieder einmal an den Skandal der Leipziger Stadtbank erinnert. Es wurde nämlich bekannt, dass die Firma bereits seit 1925 zahlungsunfähig gewesen ist. Sie wäre schon damals zusammengebrochen, wenn nicht die Leipziger Stadtbank in sehr grosszügiger Weise immer wieder neue Kredite gegeben hätte. Die Firma hat dafür der Bank fast alle Aktiven übereignet. Die Lage ist heute so, dass die nicht bevorrechtigten Gläubiger kaum einen Pfennig herausbekommen dürften.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

## Der Ruhrkonflikt.

SPD. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hatte bei seinen Besprechungen mit den Gewerkschaften und den Unternehmern des Ruhrbergbaus, die er am Montag und Dienstag in Dortmund führte, keinen Erfolg. Die Besprechungen wurden am Dienstag mittag ergebnislos abgebrochen. Eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte ist nicht erfolgt. Das Schlichtungsverfahren wird daher am Mittwoch unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen seinen Fortgang nehmen. Die Reichsregierung hält, wie von massgebender Stelle mitgeteilt wird, trotzdem ihren Standpunkt aufrecht, dass eine gewaltsame Austragung dieses Konflikts bei der gegenwärtigen Gesamtlage Deutschlands nicht zu verantworten wäre; sie will ihre Bemühungen nach einer friedlichen Beilegung nachdrücklichst fortsetzen. Da die Kündigung der einzelnen Arbeitsverträge erst zum 15. Januar wirksam wird, bleibt hierfür noch genügend Zeit. -

Der Zechenverband erklärt zu den vom Reichsarbeitsministerium ausgehenden Meldungen über die Vorgeschichte des Ruhrlohnstreiks, dass die Preisabbauverhandlungen, an denen allerdings der Reichsarbeitsminister nicht beteiligt gewesen sei, von der Grundfrage ausgegangen seien, mit welchem Lohnabbau der Ruhrbergbau als Ausgleich des Preisabbaus rechnen könne. Nach dem ganzen Gang der Verhandlungen habe der Ruhrbergbau annehmen müssen, dass der Reichswirtschaftsminister sich für eine Lohnsenkung von mindestens 8 % ab 1. Januar einsetzen werde, und dass er sich dabei im Einverständnis mit dem gesamten Kabinett, insbesondere dem Reichskanzler, befinde. Das Ergebnis der damaligen Verhandlungen habe ohne Zweifel eine Bindung der Regierung bedeutet, ohne welche der Ruhrbergbau die Vorleistung einer Preisermässigung am 1. Dezember niemals auf sich genommen hätte. Dazu komme, dass die Schlichtungsverhandlungen von anderer Seite offensichtlich verschleppt worden seien. Der Reichsarbeitsminister habe erklärt, dass ein verbindlicher Schiedsspruch bestimmt so rechtzeitig erfolge, dass die Lohnsenkung ab 1. Januar eintreten werde. Diese Erwartung sei ebenfalls getäuscht worden; denn ein Schiedsspruch liege noch nicht vor. Dadurch habe sich der Ruhrbergbau gezwungen gesehen, die Einzelarbeitsverträge zum 15. Januar zu kündigen. -

Dass die Regierung in ihren Verhandlungen mit den Unternehmern glücklich operiert hat, wird niemand behaupten wollen. Umso mehr hat sie jetzt die Verpflichtung, alles zu versuchen, um eine Lösung des Konflikts herbeizuführen. Dass diese Lösung nicht in einer Annäherung an den Standpunkt der Grubenherren bestehen kann, liegt nach der Erklärung des Zechenverbands auf der Hand. Sie kann also nur in Verbindung mit den Arbeitern gesucht werden. Oder soll anstelle des Schlichters wieder einmal eine Art Diktat treten, dem sich die Parteien von vornherein zu beugen hätten? Das wäre ein Experiment, das nach den bisherigen Erfahrungen bei den Parteien kaum viel Gegenliebe finden dürfte.

SPD. Die Kommission für Arbeitslosigkeit beim Internationalen Arbeitsamt tritt am 24. Januar in Genf zusammen. Sie soll am 28. ihren Bericht dem Verwaltungsrat erstatten. Die Aufgabe der Kommission besteht in erster Linie in der Klarstellung der Ursachen der Weltarbeitslosigkeit.



SPD. Die Arbeitgeber in der Schuhindustrie haben mit ihrer Lohnabbau-  
forderung des Unternehmertum der übrigen Berufe weit übertroffen. Sie verlänger  
nicht weniger als einen Lohnabbau bis zu 40 %. Vor allem wollen sie die Löhne  
der weiblichen Arbeiter kürzen, obwohl doch gerade deren Arbeit als besonders  
hochwertig zu betrachten ist. Eine ganze Anzahl hochqualifizierter Arbeiter  
soll künftig nur noch als Hilfsarbeiter bezahlt werden.

Für den Mantelvertrag verlangen die Arbeitgeber künftig selbstherrliche  
Bestimmung der Löhne wie der Arbeitszeit. Sie wollen sich weder von den ein-  
zelnen Arbeitern noch von der gesetzlichen Betriebsvertretung irgendwie drein-  
reden lassen. Die bislang bestehenden, ohnehin sehr unzulänglichen Bestimmungen  
über die Feriengewährung, sollen so verschlechtert werden, dass in Anbetracht  
der grossen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ferien in der Praxis überhaupt  
nicht mehr in Frage kämen.

Der Zentralverband der Schuhmacher hat zum 7. Januar seinen Beirat zusam-  
mengerufen, um zu den unerhörten Forderungen der Arbeitgeber Stellung zu nehmen  
die unter der gesamten Schuhindustrie =Arbeiterschaft einen Sturm der Entrü-  
stung hervorgerufen haben. Die Arbeiter sind entschlossen, zur Wahrung ihrer  
Rechte den Abwehrkampf bis zum äussersten durchzuführen.

SPD. Die Kleinhandwerker im mitteldeutschen Strassenbau versuchen im Lohn-  
abbau mit dem Unternehmertum in der Industrie zu wetteifern. Sie verlangen  
einen Abbau des Stundenlohns um 34%. Einzelne Steinsetzbetriebe so z.B. Franz  
Merseburger - Ammendorf Otto Reinhardt und Mühlhaus & Schulze - Weissenfels  
haben ihren Arbeitnehmern Reverse vorgelegt, worin weit niedrigere Löhne vor-  
gesehen sind, als bisher vertraglich festgelegt waren. Diese Reverse werden  
von den Arbeitern zurückgewiesen, und die Steinsetzer werden alle Firmen  
sperrern, die sich im Lohnabbau als Scharfmacher aufspielen.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands richtet an die Steinset-  
zer und Berufsgenossen den Appell, auf der Hut zu sein und nur den Anweisun-  
gen der Organisation zu folgen.

SPD. Der Zentralverband der Angestellten hat für die Behördenangestell-  
ten in einer Klage gegen die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeits-  
losenversicherung vor dem Berliner Landesarbeitsgericht ein Urteil erwirkt,  
wonach die Anstalt zur Nachzahlung der Gehaltsdifferenz in Krankheitsfällen  
für die Zeit zwischen der ersten und zweiten Notverordnung verpflichtet ist.  
Da die Krankenkassen und die Behörden sich über die rechtlichen Auslegungen  
der ersten Notverordnung nicht einigen konnten, hatten die Behördenangestell-  
ten in der Zeit bis zur zweiten Notverordnung fast überall in Krankheitsfäl-  
len weder Krankengeld noch Gehalt bekommen. Die zweite Notverordnung schaltet  
einen Verzicht auf die im Gesetz verankerten Gehaltsansprüche bei Krankheit  
grundsätzlich aus.

SPD. Die Kommunisten versuchen im mitteleutschen Industriegebiet, vor  
allem in der Papierindustrie und im Braunkohlenbergbau, Streikbewegungen an-  
zuzetteln. Bis jetzt waren ihre Bemühungen ohne jeden Erfolg. Auch der Ver-  
such eines RGO-Kommandos zwecks Stilllegung der Betriebe in den Papierfabriken  
von Krölwitz und Ammendorf ging völlig daneben.